

Jahresbericht 2001

Sekretariat

Ruth Calderón-Grossenbacher

Anouk Friedmann Wanshe

Zentralstelle für Familienfragen

Bundesamt für Sozialversicherung

Effingerstrasse 20

3003 Bern

Tel. 031 322 91 77 / 324 06 73

Fax 031 324 06 75

<http://www.ekff.ch>

Bern 2002

Inhaltsverzeichnis

I	Die Tätigkeit der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF im Jahr 2001	5
1	Plenarsitzungen	5
2	Schwerpunkte	6
2.1	Familienlasten- und Familienleistungsausgleich	6
2.2	Mutterschaftsschutz	8
2.3	Nicht-monetäre Massnahmen für Familien	8
2.4	Die Situation der Familien unterstützenden Organisationen	10
2.5	Familienbericht (Empfehlung Stadler)	10
2.6	Familien und Migration	11
2.7	Kommunikationskonzept	11
2.8	Geschäftsreglement	12
3	Vernehmlassungen	12
4	Öffentlichkeitsarbeit	12
4.1	EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen	12
4.2	Forum Familienfragen für Fachleute aus Forschung und Praxis	13
4.3	Öffentliche Stellungnahmen, Medienmitteilungen	15
5	Ausblick auf das Jahr 2002	16
II	Anhang	17
1	Mitglieder der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF 2001	17
2	Auszug aus der Einsetzungsverfügung vom 20. November 1995 (Stand 4.2.02) des Eidg. Departementes des Innern	18
3	Publikationen der EKFF	21

I Die Tätigkeit der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF im Jahr 2001

Das Jahr 2001 war geprägt von gleich zwei grösseren Veranstaltungen: der EKFF-Tagung mit kantonalen Stellen und Fachorganisationen im Bereich Familienfragen und dem Forum Familienfragen für Fachleute aus Forschung und Praxis. Die EKFF trat dabei erstmals als Gastgeberin auf und stellte mit Befriedigung fest, dass diese Angebote für Vernetzung und Austausch unter Familien-Fachleuten auf grosses Interesse stiessen.

Die politische und inhaltliche Arbeit für einen gerechteren Ausgleich der Familienlasten und -leistungen wurde intensiv weitergeführt im Rahmen von Stellungnahmen und zahlreichen Gastreferaten des Präsidenten bei Veranstaltungen verschiedener Organisationen im Sozialbereich.

An ihrer Retraite im Sommer 2001 setzte die EKFF einen neuen thematischen Schwerpunkt für die kommende Zeit: sie befasste sich ausführlich mit der Situation von Migrationsfamilien.

Im Dezember 2000 nahm das Eidg. Departement des Innern die Gesamterneuerungswahl der Kommission für die Amtsperiode 2001 bis 2003 vor. Zwei Vakanzen wurden bei dieser Gelegenheit wieder besetzt durch die Nominierung folgender Mitglieder: Marianne Bovay, lic. iur, Anwältin, Mitglied der Schweizerischen Vereinigung alleinerziehender Väter und Mütter, Genf und Heidi Simoni, Dr. phil., Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich.

Auf den 1. Mai 2001 konnte zudem das Kommissionssekretariat mit Barbara Bertschmann, als administrative Sachbearbeiterin, um 50 Stellenprozente verstärkt werden.

1 Plenarsitzungen

Angesichts der zahlreichen familienpolitischen Fragestellungen und Geschäfte erhöhte die EKFF auf 2001 die Zahl ihrer Plenarsitzungen von vier auf fünf pro Jahr (21. Februar, 3. April, 26. Juni, 21./22. August, 20. November 2001). Folgende wichtige Themen standen auf der Tagesordnung:

- Familienlasten- und Leistungsausgleich
- Mutterschaftsschutz
- Vereinbarkeit „Familie und Beruf“
- Familienbericht
- EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen
- Forum Familienfragen für Fachleute aus Forschung und Praxis, zum Thema „Was leisten Familien?“
- Retraite mit Schwerpunkt „Familien und Migration“
- Kommunikationskonzept

2 Schwerpunkte

2.1 Familienlasten- und Familienleistungsausgleich

Die von der EKFF im Herbst 2000 veröffentlichte Studie zu den Modellen des Ausgleichs von Familienlasten und die Empfehlungen der EKFF bildeten die Grundlage für die Weiterarbeit an folgenden aktuellen familienpolitischen Fragestellungen:

- ?? **Familienzulagen:** Die EKFF befürwortet eine bundesrechtliche Lösung mit Kinderzulagen für alle Kinder in der Höhe von mindestens 200 Franken.
- ?? **Familienbesteuerung:** Die EKFF spricht sich für das Modell des Familiensplittings aus, da es Paare mit minderjährigen Kindern gezielt steuerlich entlastet.
- ?? **Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien:** Die EKFF empfiehlt die Einführung des Tessiner Modells auf Bundesebene als wirksames Instrument zur Armutsreduktion.

Die EKFF brachte ihre Position zum Familienlasten- und Familienleistungsausgleich bei verschiedenen Gelegenheiten ein:

- ?? Anlässlich eines Gesprächs mit dem Arbeitgeberverband;
- ?? Empfehlungsschreiben an die Nationalräte anlässlich der Tessiner Session im März 2001 zu den familienpolitischen Vorstössen: parlamentari

- ?? sche Initiative Fehr zur Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze, parlamentarische Initiativen Fehr und Meier-Schatz zur Einführung des Tessiner Modells auf Bundesebene;
- ?? In ihrer Medienmitteilung vom 22.3.01 begrüßte die EKFF den Entscheid des Nationalrats zur Annahme aller oben genannter parlamentarischer Initiativen, welche einer neuen familienpolitischen Weichenstellung gleichkommt;
- ?? Präsentation der Studie „Modelle des Ausgleichs von Familienlasten“ und der Stellungnahme der EKFF anlässlich der 1. EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachorganisationen im Bereich Familienfragen, am 16. März 2001 in Bern;
- ?? Aufgrund des von der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) im Juni 2001 getroffenen Grundsatzentscheids zugunsten des Teilsplittings für Ehepaare und ohne Wahlrecht für Konkubinatspaare, setzte sich die EKFF im Rahmen einer Anhörung von ExpertInnen aus der Bundesverwaltung nochmals ausführlich mit den Vorschlägen auseinander. Die EKFF nahm daraufhin erneut Stellung zur Familienbesteuerung. In ihrer Medienmitteilung vom 28.8.01 hielt die EKFF klar am Familiensplitting fest;
- ?? An verschiedenen Veranstaltungen konnten der Präsident und Mitglieder der EKFF, die Position der EKFF zu Fragen des Familienlasten- und –Familienleistungsausgleichs darstellen (siehe unter 4.3).
- ?? Runder Tisch Familienpolitik: Im Anschluss an die Konferenz der Städteinitiative vom 29.11.01 in Winterthur kam der Präsident der EKFF, Jürg Krummenacher, mit den anwesenden Organisationen Pro Familia, Pro Juventute, Konferenz der kantonalen SozialdirektorInnen (SODK), Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und Städteinitiative überein, sich an einem runden Tisch auf eine gemeinsame Position zu aktuellen familienpolitischen Fragen zu einigen. Die EKFF übernimmt dabei die koordinierende Funktion. Eine erste gemeinsame Sitzung wurde für Anfang Januar 2002 festgelegt.

2.2 Mutterschaftsschutz

Anlässlich der Vernehmlassung zur Revision des Obligationenrechts bezüglich des bezahlten Mutterschaftsurlaubs wies die EKFF die beiden bundesrätlichen Vorschläge zurück. Die Kommission wies in ihrer Stellungnahme und in der Medienmitteilung vom 28.8.01 darauf hin, dass die zwei Varianten nicht alle erwerbstätigen Frauen schützen. Sie beinhalten eine klare Benachteiligung von Frauen im gebärfähigen Alter sowohl bei der Anstellung wie auch bei der Fortsetzung der beruflichen Karriere und tragen den wirtschaftlichen Realitäten, so zum Beispiel der Mobilität der Angestellten, nicht Rechnung.

In Übereinstimmung mit ihren früheren Stellungnahmen sprach sich die Kommission für die Umsetzung des Verfassungsauftrags und somit für die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung aus. Die EKFF verlangte, dass als Minimallösung ein Mutterschaftsurlaub mit einem Lohnanspruch während 14 Wochen eingeführt wird, der allen erwerbstätigen Frauen (Unselbstständig- und Selbständigerwerbenden) zusteht, unabhängig von der Dauer des Arbeitsverhältnisses bei einem bestimmten Arbeitgeber.

Die Kommission unterstützte deshalb, im Sinne einer minimalen Lösung, die parlamentarische Initiative Triponez vom 20. Juni 2001 zugunsten eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs von 14 Wochen, welcher im Rahmen der Erwerbsersatzordnung finanziert werden soll. (Siehe Medienmitteilung vom 28.8.01)

2.3 Nicht-monetäre Massnahmen für Familien

Die EKFF unterstützte die parlamentarische Initiative Fehr für die Anstossfinanzierung von familienergänzenden Betreuungsplätzen u.a. mittels eines Briefes an die Nationalräte vor der Behandlung im Parlament und einer Medienmitteilung im Anschluss an den positiven Entscheid des Nationalrates. Um einen inhaltlichen Beitrag zur Umsetzung dieser Initiative zu leisten, wählte die EKFF für die Planung der 2. Tagung mit Kantonen und Fachor-

ganisationen im Frühjahr 2002 als Schwerpunktthema die „**Qualität familienergänzender Kinderbetreuung**“.

Das im Vorjahr von INTERFACE erarbeitete Diskussionspapier zu „Nicht-monetäre(n) Angebote(n) für Familien: Angebotskategorien und Empfehlungen für das weitere Vorgehen“ wurde von der EKFF als „graue“ Publikation herausgegeben. Damit soll Forschenden die Komplexität der Frage nach einheitlichen Kriterien für die in der Schweiz existierenden nicht-monetären Angebote und der dazu bereits vorhandenen Überlegungen zugänglich gemacht werden.

In Zusammenarbeit und unter Federführung des Marie Meierhofer-Instituts für das Kind unterstützte die EKFF die Herausgabe des **Schweizer Berichts „Vorschulkinder in der Schweiz“** analog zur OECD-Studie "Early Childhood Education and Care Policy". Die Publikation soll in einer deutschen und französischen Version im Frühjahr 2002 erscheinen. Die Betreuungsmassnahmen für Vorschulkinder sind für die schweizerische Familienpolitik sehr aktuell und wichtig, insbesondere im Zusammenhang mit der Anstossfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen. Die Kommission unterstützte das Projekt, weil sich aufgrund derer Recherchen ein deutliches Manko bezüglich der Zuständigkeit im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung auf Bundesebene gezeigt hatte.

Eine Arbeitsgruppe leistete Vorarbeiten für ein Projekt mit **Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Ende Jahr traf sie sich mit VertreterInnen der Beratungsstelle Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen „und...“ und dem Projekt Sonnhalde Worb zu einem Austauschgespräch. Auf diesem Hintergrund schlug die Arbeitsgruppe der EKFF vor, zunächst „Thesen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter“ zu formulieren. Mit Unterstützung der beiden oben genannten Fachstellen sollen sie im Jahr 2002 erarbeitet werden und zukünftig der EKFF als Grundlage für Stellungnahmen und weitere Aktivitäten in dieser Frage dienen.

2.4 Die Situation der Familien unterstützenden Organisationen

Die EKFF beschäftigte sich mit der Situation der Familien unterstützenden Organisationen: In letzter Zeit stellten verschiedene wichtige Anbieterorganisationen ihre Aktivitäten wegen mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen ein (z.B. Verein Elternbildung Münsingen als grosser und an sich erfolgreicher Organisator von Elternbildungsveranstaltungen, Pro Familia Luzern als anerkannte familienpolitische Organisation). Die Gründe dafür liegen – neben den fehlenden Mitteln – in der Überlastung der ehrenamtlich Tätigen, aber auch in der oft als gering empfundenen Wertschätzung. Wertvolle Erfahrungen, Kenntnisse und gut verankerte Strukturen gehen so der Allgemeinheit und insbesondere den Familien verloren.

Die Arbeit der nichtstaatlichen Organisationen müsste dringend stärker und bedürfnisgerechter von öffentlicher Seite finanziell unterstützt werden. Viele Bundesstellen, Fonds und Stiftungen finanzieren keine auf Kontinuität ausgerichteten Dienstleistungen, sondern nur Projekte, deren Gesuchseingabe sehr viele unbezahlte Vorarbeit benötigt. Es ist zu prüfen, wo durch die Schaffung gemeinsamer Infrastrukturen verschiedener Organisationen personelle und finanzielle Ressourcen gespart und Synergien genutzt werden können.

Die EKFF wird diese Entwicklung weiterhin beobachten und bei Bedarf konkrete Anliegen dieser Organisationen bei den finanzierenden Stellen unterstützen.

2.5 Familienbericht (Empfehlung Stadler)

Gemäss der Empfehlung von Ständerat Stadler vom 12.12.00 soll der Bundesrat dem Parlament alle fünf Jahre einen Bericht zur Situation der Familien in der Schweiz vorlegen.

Die EKFF stellte zuhanden der Zentralstelle für Familienfragen und des Generalsekretariats des Eidg. Departements des Innern (GS-EDI) verschiedene Überlegungen zur Konzeption eines Familienberichts an und diskutierte auch die Rolle, die der Kommission in diesem Zusammenhang zufällt.

Nach eingehender Abwägung kam das GS-EDI schliesslich mit der EKFF überein, dass die Verantwortung für den Familienbericht bei der Verwaltung liegen und der EKFF die Aufgabe zukommen soll, zum Bericht Empfehlungen abzugeben, welche Bestandteil desselben bilden werden.

2.6 Familien und Migration

An der EKFF-Retraite vom 21./22. August 2002 in Schloss Hünigen bei Kollnongfen setzte sich die Kommission ausführlich mit dem Schwerpunktthema „Familien und Migration“ auseinander. Es wurden ExpertInnen aus dem In- und Ausland angehört, welche sich aus demografischer, juristischer, psychosozialer und soziologischer Sicht zur Thematik äusserten. Eingeladen zur Diskussion waren auch VertreterInnen anderer eidgenössischer Kommissionen.

Die EKFF beschloss, sich aufgrund der Situationsanalyse zunächst mit der Frage der rechtlichen Situation von Migrationsfamilien in der Schweiz und der unterschiedlichen Gesetzesanwendung in den Kantonen zu beschäftigen. Zudem will sich die EKFF auch mit den gesellschaftlichen Leistungen und Potenzialen von Migrationsfamilien befassen.

Als erstes ist eine Publikation mit den überarbeiteten und ergänzten Referaten der Retraite geplant, welche einem weiteren Kreis von Interessierten in Politik, Verwaltung und Fachorganisationen zugänglich gemacht werden sollen.

2.7 Kommunikationskonzept

Um die Öffentlichkeitsarbeit systematisch anzugehen und die Ressourcen optimal einzusetzen, wurde mit fachlicher Unterstützung von Odilo Notti, Bereichsleiter Kommunikation von CARITAS SCHWEIZ, ein Kommunikationskonzept erarbeitet und verabschiedet. Dies beinhaltet eine Analyse der Ausgangslage bezüglich Botschaften, Zielgruppen und Ressourcen der EKFF, Strategien und Umsetzungsmassnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission.

2.8 Geschäftsreglement

Im Frühjahr 2001 verabschiedete die EKFF ihr Geschäftsreglement, das u.a. die Rolle von Präsident und Vizepräsidentin, die Einsetzung von Arbeitsgruppen und die Arbeitsweise der Kommission regelt.

3 Vernehmlassungen

2001 beteiligte sich die Kommission an folgenden sieben Vernehmlassungen, indem sie sich jeweils zu familienspezifischen Aspekten äusserte¹:

- ?? Bericht der Schweiz zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
- ?? Revision des Bürgerrechts
- ?? Bundesgesetz zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum
- ?? Strategiepapier des Bundes zu „Migration und Gesundheit“
- ?? Revision des Obligationenrechts (Bezahlter Mutterschaftsurlaub)
- ?? Vorentwurf zum schweizerischen Jugendstrafverfahren
- ?? NFP 52: Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel – Ausführungsplan (Ämterkonsultation)

4 Öffentlichkeitsarbeit

4.1 EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen

Gegen 70 VertreterInnen von kantonalen Stellen sowie Fachverbänden im Bereich Familienfragen aus allen Sprachregionen der Schweiz folgten der Einladung der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen zur 1. EKFF-Tagung am 16. März 2001, im Konferenzzentrum Egghölzli, in Bern. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, sich einen Tag lang mit der Frage nach wirksamen Massnahmen für die Verbesserung der Familiensituation auseinandersetzen und gegenseitig Gedanken auszutauschen.

¹ Die Stellungnahmen können beim EKFF-Sekretariat angefordert werden.

Die EKFF möchte in Zukunft regelmässig mit einer solchen Tagung ihrer Aufgabe bezüglich Sensibilisierung der Gesellschaft für die Realität der Familien und ihrer Koordinationsfunktion im Bereich Familienpolitik nachkommen. Damit will die EKFF eine Plattform für die Diskussion, für den Austausch von Informationen und Erfahrungen und für die Vernetzung zwischen Fachleuten aus Behörden und Fachverbänden schaffen.

Die Teilnehmenden konnten sich an der 1. EKFF-Tagung am 12.3.01 aus erster Hand über die Aktivitäten der EKFF und die aktuellen familienpolitischen Projekte auf Bundes- und Kantonebene informieren. Ein wichtiges und für die Kommission prioritäres Thema war zudem der Familienlastenausgleich. Dazu wurde die Studie vom Oktober 2000, die das Büro BASS (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien) im Auftrag der EKFF durchgeführt hat, vorgestellt. Die Kommission stellte im Weiteren ihre Vorschläge für eine bessere Anerkennung der Leistungen der Familien vor.

Die intensiven Diskussionen in den Arbeitsgruppen am Nachmittag bestätigten, dass die Familienpolitik in der Schweiz einen höheren Stellenwert erhalten muss. Die Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen, müssen besser anerkannt und die Familienarmut muss dringend reduziert werden.

Die kantonalen Stellen und Fachverbände haben Bedarf nach besserer Information über Erfahrungen und Projekte. Sie wünschen eine Vernetzung der verschiedenen Akteure in der Familienpolitik, mit dem Ziel, eine gewichtige Lobby für die Familien in der Schweiz zu bilden. Entsprechend wurde diese erste EKFF-Tagung und die Aussicht auf weitere solche Informations- und Austauschveranstaltungen zu familienpolitischen Fragen sehr begrüsst.

4.2 Forum Familienfragen für Fachleute aus Forschung und Praxis

Der Einführungstext aus der Einladung zum Forum Familienfragen vom 18. September 2001 im Landhaus Solothurn gibt das zugrunde liegende Konzept dieser EKFF-Veranstaltung folgendermassen wieder:

Das Forum Familienfragen

Viele Anzeichen deuten auf eine Neuorientierung der Familienpolitik hin. Neue Modelle werden etwa für den Familienlastenausgleich und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben gesucht. Um sich über den einzuschlagenden Weg klar zu werden, braucht es ein wissenschaftlich abgestütztes Nachdenken über die Begründung und die Ziele von Familienpolitik. Das "Forum Familienfragen" der EKFF soll eine Plattform für den Austausch zwischen Forschung und Praxis bieten und jährlich stattfinden. Den Anfang macht eine 3-teilige Veranstaltungsreihe zum Oberthema "Aufgaben, Leistungen und Ressourcen von Familien". Fokus der Veranstaltungen ist: „Was leisten Familien?“ (2001), „Phasen und Übergänge“ (2002), „Familienformen: Spezifisches und Gemeinsames“ (2003).

1. Veranstaltung: „Was leisten Familien?“

Diese Frage greift eine neue Sichtweise auf: Familienpolitik wird mit ihrem Beitrag zur Bildung des Humanvermögens begründet. Dementsprechend geht es darum, die Leistungen von Familien anzuerkennen und ihre Leistungspotenziale zu verstärken.

Die zwei Referate am Morgen führen in die Thematik ein. In Arbeitsgruppen wird am Nachmittag die Tragfähigkeit des Ansatzes in verschiedenen Disziplinen und Arbeitsfeldern diskutiert. Die Tagung schliesst mit einem Ausblick auf die Aufgaben einer Neuorientierung der Familienpolitik und die möglichen Vorgehensweisen.

Das Interesse am Familienforum war gross, es nahmen 85 Personen teil. Das Publikum setzte sich aus Fachpersonen zusammen, die an Informationen aus der Familienforschung, an Theorie, an Forschungsergebnissen und deren Umsetzung in die Praxis sichtlich interessiert waren.

Dass nur rund 15 VertreterInnen aus der Familienforschung oder universitären Kreisen kamen, weist darauf hin, dass es der EKFF nicht ganz gelang, die Forschenden selber anzusprechen. Anlässlich des nächsten Forums soll die Präsentation von Forschungsergebnissen und die Erarbeitung zukünftiger Forschungsfragen mehr ins Zentrum des Forums gerückt werden, d.h. Einbinden von Forschenden aus Universitäten und Fachhochschulen durch vorgängige direkte Kontakte sowie durch eine frühzeitige Ausschreibung.

4.3 Öffentliche Stellungnahmen, Medienmitteilungen

Der Präsident und Mitglieder der EKFF äusserten sich in der Öffentlichkeit zu den familienpolitischen Schwerpunkten der EKFF anlässlich von Interviews und Kolumnen in den Medien und von **Referaten** bei verschiedenen **Veranstaltungen**: u.a.

- ?? ARTIAS – Tagung „Pauvreté des familles“ in Morges;
- ?? Pro Senectute / ProJuventute-Tagung „Was hält Generationen zusammen?“ in Bern;
- ?? Symposium „Familie und Beruf“ der Föderation der Schweizer PsychologInnen, in Freiburg;
- ?? Tagung des Schweiz. Berufsverbandes für Sozialarbeit, Sektion Bern, zum Thema "Familienarmut - neue Modelle der Existenzsicherung von Familien";
- ?? Veranstaltung des Sozial- und Gesundheitsdepartements des Kantons Luzern;
- ?? SKOS-Informationstagung in Zürich, zum Thema „Neue Familienpolitik – Strategie zur Armutsbekämpfung?“;
- ?? Sozialplattform und Medienkonferenz der Städteinitiative „Ja zur Sozialen Sicherung“ in Winterthur, zum Thema „Postulate zur Familienpolitik 2001“.

Die EKFF wandte sich 2001 mit folgenden drei **Medienmitteilungen** an die Öffentlichkeit:

- 19. März 2001: Eine Lobby für die Familien: An der ersten EKFF-Tagung mit kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen wurden am 16. März 2001 in Bern Themen rund um die Familienpolitik diskutiert
- 22. März 2001: Wichtige Weichenstellung zugunsten von Familien: Die EKFF zeigt sich über den Entscheid des Nationalrates sehr erfreut. - Der Nationalrat stimmte den parlamentarischen Initiativen zur Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze (pa. In. Fehr) und zur

Einführung des Tessiner Modells für einkommensschwache Familien (pa. In. Meier-Schatz und pa. In. Fehr) deutlich zu.

- 28. August 2001: Schwerpunkte der diesjährigen EKFF - Retraite: Mutterschaftsurlaub, Familienbesteuerung und Situation der Migrationsfamilien

5 Ausblick auf das Jahr 2002

Die EKFF wird ihre Arbeiten in den bereits aufgegriffenen Themenbereichen weiterführen:

- ?? Die Verbesserung des Familienlastenausgleichs wird die EKFF u.a. im Rahmen des Runden Tisches weiterhin beschäftigen. 2002 möchte die EKFF zusammen mit Pro Familia, Pro Juventute, SODK, SKOS und Städteinitiative mit einer gemeinsamen Position zu aktuellen familienpolitischen Fragen an die Öffentlichkeit treten;
- ?? Die EKFF wird sich eingehend mit verschiedenen, familienspezifischen Aspekten der Vereinbarkeit von Familien und Beruf, auseinandersetzen und Thesen dazu erarbeiten;
- ?? Es werden wieder zwei Veranstaltungen durchgeführt: die EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus Kantonen, Gemeinde- und Fachverbänden, am 12. März 2002, in Bern zum Thema „Qualität familienergänzender Kinderbetreuung im Spannungsfeld privater und staatlicher Verantwortung“, und das Forum Familienfragen, am 11. September 2002, in Solothurn zum Thema „Familiale Aufgaben und Leistungen im Lebensverlauf“;
- ?? Anlässlich der EKFF-Tagung im März werden interessierte JournalistInnen zu einem Mediengespräch über familienpolitische Themen eingeladen;
- ?? Die Herausgabe einer Publikation zum Thema „Familien und Migration“ ist für den Herbst 2002 vorgesehen.

II Anhang

1 Mitglieder der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF 2001

Präsident

Krummenacher, Jürg, lic. phil., Direktor der Caritas Schweiz, Luzern

Vizepräsidentin

Despland, Béatrice, lic. ès sc. de l'éduc., lic. iur., Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne

Mitglieder

- Bovay, Marianne, lic. iur, avocate, membre de la Fédération suisse des familles monoparentales, Genève
- Buchmann, Katrin, lic. phil., Pro Senectute Schweiz, Zürich
- Buscher, Marco, lic. phil., Chef der Sektion Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel
- Ferrari, Matteo, lic. oec. publ., Dipartimento delle opere sociali del Cantone Ticino, Bellinzona
- Haemmerle, Patrick, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiater, Leiter des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes des Kantons Freiburg
- Herzog, Jost, Fürsprecher, Abteilungschef der Zentralstelle für Familienfragen, Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
- Höpflinger, François, Prof. Dr. phil., Soziologisches Institut der Universität Zürich
- Huwiler, Kurt, Dr. phil., Leiter Pädagogische Angebote der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime, Zürich
- Lanfranchi, Andrea, Dr. phil, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP, Leiter der Fachstelle Interkulturelle Pädagogik in der Lehrerbildung des Kantons Zürich
- Liechti, Anna, lic. phil., pro juventute, Zentralsekretariat, Zürich
- Lücker-Babel, Marie-Françoise, Dr. iur., Département municipal des affaires sociales, des écoles et de l'environnement, Genève, consultante en droits de l'enfant
- Lüscher, Kurt, Prof. em. Dr. rer. pol., Forschungsbereich „Gesellschaft und Familie“, Universität Konstanz
- Meier-Schatz, Lucrezia, Dr ès sc. pol., secrétaire générale, Pro Familia Suisse, Berne
- Simoni, Heidi, Dr. phil., Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich
- Wiederkehr, Kathie, dipl. Sozialpädagogin, Präsidentin Schweiz. Bund für Elternbildung SBE, Zürich

2 Auszug aus der Einsetzungsverfügung vom 20. November 1995 (Stand 4.2.02)² des Eidg. Departementes des Innern

1. Es wird eine Koordinationskommission für Familienfragen als beratendes Organ des Eidgenössischen Departements des Innern (nachstehend Departement) eingesetzt.

2. Die Kommission hat als Mandat,
 - dazu beizutragen, dass die Bedeutung der familiären Realität in unserer heutigen Gesellschaft von den entsprechenden Stellen und von der Oeffentlichkeit anerkannt wird;
 - die Vernetzung und die Koordination der Forschungsarbeiten über Familien in der Schweiz zu fördern und die nötigen Informationen zusammenzutragen, um Forschungslücken aufzuzeigen und Perspektiven für die Forschung zu erarbeiten;
 - Massnahmen aus den Forschungsergebnissen abzuleiten und für deren Umsetzung zu sorgen;
 - allen interessierten öffentlichen und privaten Stellen als Drehscheibe zu dienen für wissenschaftliche wie praktische Informationen im Bereich Familienfragen;
 - in Zusammenarbeit mit andern direkt oder indirekt betroffenen Gremien wie Organisationen und Verbänden, der Eidg. Jugendkommission und der Eidg. Kommission für Frauenfragen dazu beizutragen, dass die verschiedenen Massnahmen im Bereich der Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- oder Umweltpolitik die Interessen der Familien wahren und keine Familienformen benachteiligen.

3. Um diese Ziele zu erreichen, erhält die Kommission folgende Aufgaben:

² Änderungen vom 4. Februar 2002 in Ziffer 2, Punkt 2 und Ziffer 5, 2. Satz

- In ihrer *Aufklärungs- und Sensibilisierungsfunktion* soll sie den Zugang der verschiedenen betroffenen Stellen wie auch der Öffentlichkeit und der Medien zu den Informationen über Familienfragen sicherstellen.
 - In ihrer *Koordinationsfunktion* ist sie zuständig für:
 - a die Erfassung und Dokumentation der vorhandenen Untersuchungen zum Thema und das Aufzeigen der Konsequenzen von Forschungsergebnissen aus verwandten Forschungszweigen (Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Stadtentwicklung, Verkehr, Migration, etc.),
 - b das Aufzeigen von Forschungslücken und die Förderung und Unterstützung von Untersuchungen, die diese Lücken schliessen sollen,
 - c die Erarbeitung und regelmässige Aktualisierung einer Liste von dringlichen Forschungsanliegen und die Weiterleitung dieser Liste an die zuständigen Organe (Nationalfonds, Wissenschaftsrat BBW usw.).
 - In ihrer *Umsetzungsfunktion*
 - a fördert, unterstützt und evaluiert sie innovative Pilotprojekte, die Ergebnisse von Forschungsprojekten in die Praxis umsetzen wollen,
 - b erarbeitet sie Konzepte für familienpolitische Massnahmen und Stellungnahmen zu familienpolitisch wichtigen Vorlagen.
 - Sie führt Aufträge des Departements aus und unterbreitet ihm jährlich ihr Arbeitsprogramm sowie ihren Tätigkeitsbericht.
4. Die Kommission ist befugt, von sich aus Kontakte mit Verwaltungsstellen des Bundes und der Kantone, Universitäten, Verbänden und interessierten Kreisen aufzunehmen.
5. Die Plenarsitzungen werden je nach Arbeitsprogramm – rund viermal jährlich – von der Präsidentin bzw. vom Präsidenten einberufen. Die Sitzungseinladungen und die Traktandenlisten müssen den Mitgliedern min-

destens zwei Wochen vor der Sitzung zugestellt werden. An den Sitzungen werden die Beschlüsse mit einfachem Mehr der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Präsidentin bzw. der Präsident. Es können an den Plenarsitzungen nur zu traktandierten Geschäften formelle Beschlüsse gefasst werden.

6. Sie kann Arbeitsgruppen und Subkommissionen einsetzen und im Rahmen der bewilligten Kredite Aufträge an Dritte erteilen. Sie kann zu ihren Beratungen Expertinnen und Experten beiziehen oder Hearings durchführen.
7. Die Veröffentlichung von Mitteilungen, Berichten, Empfehlungen und Anträgen der Kommission bedarf der Zustimmung des Departements.
8. Die Beratungen in der Kommission sind vertraulicher Natur. Die Kommissionsmitglieder haben jedoch das Recht, die ihnen nahestehenden Kreise über die Kommissionsarbeiten intern zu orientieren.
9. Das Sekretariat wird durch die Zentralstelle für Familienfragen im Bundesamt für Sozialversicherung geführt.
10. Auf die Entschädigung der nicht der Bundesverwaltung angehörenden Mitglieder der Kommission findet die Verordnung des Bundesrats vom 1. Oktober 1973 (SR 172.32) über die Entschädigung von Kommissionsmitgliedern, Experten und Beauftragten Anwendung. Im übrigen gilt die Verordnung vom 2. März 1977 über ausserparlamentarische Kommissionen, Behörden und Vertretungen des Bundes (SR 172.31).
11. Die Kommission besteht aus höchstens 17 Mitgliedern.

3 Publikationen der EKFF

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien

Gesamtstudie von Stefan Spycher, Eva Nadai, Peter Gerber, 1997

Der Schlussbericht umfasst 3 Teile: Teil 1: Literaturbericht, 220 S., Teil 2: Datengrundlagen in der Schweiz, 146 S., Teil 3: Literaturlisten, 38 S.

Der Schlussbericht (Teile 1-3) ist kostenlos erhältlich beim Sekretariat der EKFF

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien - Ein Überblick über die Forschungslage in der Schweiz

(Kurzfassung der Gesamtstudie von Katharina Belser), Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1997, 43 S.

Bestell-Nr. 301.600 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, Preis: gratis

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien - Empfehlungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen

Bern 1998, 30 S.

Bestell-Nr. 301.601 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, Preis: gratis

Familien im Wandel - Informationen und Daten aus der amtlichen Statistik

Werner Haug, Bundesamt für Statistik, Herausgegeben von der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen, Bern 1998, 37 S.

Bestell-Nr. 301.602 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch)*, Preis: Fr. 9.50 (inkl. CD-Rom)

Modelle des Ausgleichs von Familienlasten - Eine datengestützte Analyse für die Schweiz

Im Auftrag der EKFF, von Tobias Bauer und Elisa Streuli, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien. Bern 2000, 129 S.

Bestell-Nr. 301.603 (in Deutsch oder Französisch)*, Preis: Fr. 17.00

Die Leistungen der Familien anerkennen und die Familienarmut reduzieren

Stellungnahme der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen zum Forschungsbericht "Modelle des Ausgleichs von Familienlasten", Bern 2000, 10 S.

Der Text der Stellungnahme ist kostenlos erhältlich beim Sekretariat der EKFF

Nicht-monetäre Angebote für Familien: Angebotskategorien und Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Diskussionsgrundlage.

Im Auftrag der EKFF, von Hans-Martin Binder, Christine Bächtiger, Barbara Müller, Institut für Politikstudien INTERFACE, Luzern 2000, 39 S., Preis: gratis

*Erhältlich beim Sekretariat der EKFF oder als pdf-File unter:
www.interface-politikstudien.ch*

** Die Publikationen sind erhältlich beim Bundesamt für Bauten und Logistik, Abteilung EDMZ, Sektion Verkauf, 3003 Bern, Tel.031/ 325 50 50, Fax 031/ 325 50 58.*

Die Publikationen können auch über folgende Internet-Adressen bestellt werden:

<http://www.ekff.ch>

<http://www.bundespublikationen.ch>